

Nr. 489 | März 2017

3 INFO:3

Infoheft der Sozialdemokratischen Partei Zürich 3

SP

Editorial

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER

Zwei Mal gewonnen, zwei Mal in wichtigen Abstimmungen, zwei Mal unerwartet deutlich. So lautet das Fazit vom 12. Februar 2017. Kurz nach den ersten Hochrechnungen und noch beschwingt von der plötzlichen Endorphine-Freisetzung ging mir die Frage durch den Kopf: Wie oft gab es denn das schon? Oder: Wie oft schon konnten sich SP und ich zu den Gewinnern eines Sonntags zählen?

Ein kurzer Blick in die Statistiken zeigt: An 91 Abstimmungen durfte ich seit meinem Erlangen der Stimmberechtigung bisher teilnehmen und ziemlich genau deren Hälfte ging in unserem Sinne aus. An 16 von 35 Sonntagen gab es mehr positive als negative Resultate. Mich – und vielleicht mögen es einige nachempfinden – hat die Zahl eher positiv überrascht, fühle ich mich doch zu oft Teil einer zu kleinen, linken Gruppe, der einer zu grossen, bürgerlichen Mehrheit gegenübersteht.

So hat mir der 12. Februar 2017 wieder mal gezeigt, dass eine Stimme für eine offene und gerechte Schweiz gute Chancen hat und dies selbst gegen grell-rot-leuchtende, mit Schweizerkreuzen und Burkas versehene Plakate. Es lohnt sich also zu kämpfen. In diesem Sinne: Viel Spass beim Blick zurück auf das letzte Jahr der SP3.

Simon Bock



Fabio Höhener, Gewerkschaftssekretär Sektion Lehrberufe beim VPOD

Aktuell » **Neuer Berufsauftrag für Lehrpersonen in Zürich**

ZWISCHEN SELBST- UND FREMD- AUSBEUTUNG

Die Lehrpersonen der Zürcher Volksschule erhalten einen neuen Berufsauftrag. In Zukunft soll der Arbeitsaufwand in verschiedenen Tätigkeitsbereichen mit einem flexiblen Jahresarbeitszeitmodell erfasst werden. Ob dies tatsächlich zur dringend benötigten zeitlichen Entlastung führt, ist mehr als fraglich. **Text: Fabio Höhener**

Die Kernaufgabe der Lehrerinnen und Lehrer besteht seit jeher im Unterrichten. In den letzten Jahren sind jedoch weitere Aufgaben dazugekommen. Neben der Durchführung der Unterrichtslektion

und deren Vor- und Nachbearbeitung, muss die Lehrperson weitere Pflichten in der unterrichtsfreien Zeit erfüllen: Sie gestaltet die Schule mit, nimmt an Sitzungen und Konferenzen teil, organisiert

Schulanlässe, erfüllt Hausämter, bespricht sich mit Erziehungsberechtigten und vieles mehr.

Wie viele Jahresarbeitsstunden eine Lehrperson zu leisten hat, ist gegenwärtig nicht bestimmt. Die Anstellung definiert lediglich die Anzahl zu erteilenden Lektionen. Die Arbeit in allen anderen Tätigkeitsbereichen ausserhalb des Unterrichts, gilt es zusätzlich ohne zeitliche Erfassung vollumfänglich zu erfüllen. Bei Teilzeitlehrpersonen führt dies dazu, dass sie in Abhängigkeit ihres Beschäftigungsgrades zu viele und damit unbezahlte Arbeitsstunden leisten.

Unbezahlte Arbeit wird aufgedeckt

Der neue Berufsauftrag der im kommenden Schuljahr «kostenneutral» eingeführt wird, soll nun den Arbeitsaufwand für die Tätigkeitsbereiche ausserhalb des Unterrichts sichtbar machen. Der zeitliche Aufwand orientiert sich dabei an jenem der anderen kantonalen Angestellten. Bei einem kantonal üblichen, aber lächerlichen Anspruch auf 4 Wochen Ferien (5 Wochen ab dem 50. Altersjahr und 6 Wochen ab dem 60. Altersjahr), gilt es eine Brutto-Jahresarbeitszeit von 2184 Stunden (42-Stunden-Woche) zu leisten.

Durch diese Quantifizierung werden viele Lehrpersonen feststellen, dass sie in

Vergangenheit mehr gearbeitet haben, als sie bezahlte Arbeitszeit zur Verfügung hätten. Tatsächlich weist die Arbeitszeitstudie der Zürcher Lehrkräfte aus dem Jahr 2000 (Forneck) aus, dass einerseits die aufgewendete Arbeitszeit zwischen den Lehrpersonen stark variiert und sie andererseits im Schnitt höher als die im neuen Berufsauftrag definierte Arbeitszeit liegt. Ganz zu schweigen davon, dass seit Erscheinung der Studie die Arbeit für alle Lehrpersonen, insbesondere auf der Kindergartenstufe, deutlich zugenommen hat.

Verlust der Zeitautonomie

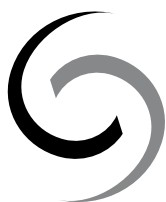
Der neue Berufsauftrag entschärft diese Problematik nicht, da er lediglich einen kleinen Anteil der Arbeitszeit (rund 15%) erfasst. Allfällige Mehrarbeit für die Vor- und Nachbearbeitung des Unterrichts wird weiterhin nicht erfasst, sondern pauschal angerechnet. Für jede Unterrichtslektion, die eine Lehrperson im Schuljahr erteilt, werden ihr lediglich 58 Jahresstunden angerechnet, unabhängig davon wie viel sie tatsächlich leistet. Hinzu kommt, dass der neue Berufsauftrag den Schulleitungen als Führungsinstrument dienen soll. Damit können sie den Ressourceneinsatz der Lehrpersonen flexibler gestalten. Die Lehrpersonen geben somit einen Teil ihrer Zeitautonomie auf, ohne im Gegenzug dafür merklich entlastet zu werden.

Der neue Berufsauftrag zeigt nicht nur wie viele Arbeitsstunden zu leisten sind, sondern insbesondere wie viel Zeit für die Erfüllung der Berufspflichten zur Verfügung steht. Wer also mehr Zeit für die Erledigung der unzähligen Pflichten benötigt, ist aus Sicht des Arbeitgebers selber schuld. Wie sollen die Lehrpersonen nun mit dieser Situation umgehen? Sie könnten beispielsweise darauf beharren, nur noch Dienst nach Vorschrift zu leisten. Wie das ohne Gefährdung der Schulqualität funktionieren sollte, muss mit der Schulleitung geklärt werden. Oder sie engagieren sich weiterhin über ihr Pensum hinaus – unbezahlt.

Politische Organisation als Lösung

Vielleicht gibt es aber auch einen Ausweg aus dem Dilemma zwischen Selbst- und Fremdausbeutung: Die LehrerInnen müssen im Team eine gemeinsame Haltung zum neuen Berufsauftrag entwickeln und gegenüber der Schulleitung oder gemeinsam mit der Schulleitung gegenüber dem Kanton vehement vertreten. Eine effektive und kritische Begleitung der Umsetzung funktioniert nur, wenn sich die Lehrpersonen im Team, in ihrer Gewerkschaft oder in der SP organisieren. Nur gemeinsam können wir die Reform in die richtige Richtung lenken. So viel Zeit muss sein. <<

Anzeigen



edelmann energie

Energie und Nachhaltigkeit am Bau

**Wir setzen SP-Politik
in die Praxis um:**

- Energie-Effizienz
- Erneuerbare Energien
- 2000-Watt-Gesellschaft

Kalkbreitestrasse 12, 8003 Zürich
www.edelmann-energie.ch

JAHRESBERICHT 2016 DES CO-PRÄSIDIUMS UND DES VORSTANDES

Unter Mitarbeit von: Reis Luzhnica, Sibylle Marti, Rebekka Plüss, Roberto Rodriguez, Christoph Rüegg, Roland Schaller, Samuel Schweizer, Sefedin Tairi, Barbara Wiesmann und Irene Willi.

[AKTIVE ARBEITSGRUPPEN]

AG Energie

Am 5. Juni stimmten die Stadtzürcher Stimmberechtigten erneut über den Atomausstieg ab. Bis spätestens 2034 soll die Stadt Zürich nicht mehr an Atomkraftwerken beteiligt sein, der Stadtrat alle AKW-Beteiligungen verkaufen und damit den Ausstieg vollziehen. Auf Einladung der AG Energie der SP 3 wurde die Initiative am 17. Mai von Andreas Edelmann (Gemeinderat SP, AG Energie) und Marcel Müller (Gemeinderat FDP) im Volkshaus diskutiert. Zu Beginn der von Sybille Marti moderierten Veranstaltung gab es ein Inputreferat von ETH-Professor und Unternehmer Anton Gunzinger. Am Ende seiner Ausführungen war dem Saal klar, dass die Energiewende nicht nur notwendig und machbar ist, sondern dass in ihr auch eine grosse volkswirtschaftliche Chance für die Schweiz liegt. Wenn auch die beiden Kontrahenten auf dem Podium über die Modalitäten und Terminierung des Atomausstiegs gegensätzliche Standpunkte vertraten, so entschied der Souverän letztlich doch klar: 70,4 Prozent votierte an der Urne für den Ausstieg der Stadt Zürich aus der Atomenergie bis 2034. **Samuel Schweizer**

Redaktion Infoheft

Das Infoheft ist im vergangenen Jahr wie üblich sechsmal erschienen. Wir freuen uns über Zuwachs in der Redaktion. Neu sind Simon Bock und Matyas Sagi Kiss zu uns gestossen. Vera Ziswiler ist seit letzten Herbst im Gemeinderat vertreten und hat sich darum aus der Redaktion zurückgezogen. Für ihr langjähriges Engagement fürs Infoheft bedanken wir uns sehr herzlich! Weiterhin dabei sind Roland Schaller, Samuel Schweizer, Laura Fuchs und Rebekka Plüss. Bedanken möchten wir uns an dieser Stelle auch für zahlreiche Anregungen und Beiträge von Autorinnen und Autoren, welche nicht zum Redaktions-Team gehören. Anregungen und Beiträge zu kreis- oder auch weniger kreisspezifischen Themen nehmen wir immer gerne entgegen. **Rebekka Plüss**

AG Migration

Die AG Migration der SP3 setzt sich weiterhin intensiv für die Rechte der Migrantinnen und Migranten ein, ob in der Sektion,

auf städtischer, kantonaler oder nationaler Ebene. Selbstverständlich geschieht dies in Zusammenarbeit mit anderen Sektionen oder in Rücksprache mit der kantonalen SP Migration, zu der wir über Cafer Sterk (Co-Präsident der AG Migration Kanton Zürich) einen sehr guten Draht haben.

Zur Abstimmung über die «Erleichterte Einbürgerung für die dritte Generation» haben wir ein Podiumsgespräch mit SP-Nationalrat Angelo Barrile organisiert sowie eine Flyeraktion gestartet. Ebenfalls haben einige von uns an den Standaktionen teilgenommen, um sich auch dort für die Initiative stark zu machen.

Im Jahr 2017 werden wir uns weiterhin mit viel Elan, grossem Willen und beherztem Einsatz für unsere Interessen stark machen. Ebenfalls werden wir in diesem Jahr den seit langem geplanten Plauschtag für die Kinder im Quartier realisieren. Diese Idee fand immer mehr Gehör. Neben unserem Vorstand, der schon immer dahinterstand, konnten sich nun auch andere Sektionen für die Idee begeistern, was uns umso mehr motivierte. **Sefedin Tairi**

AG Mitgliederwerbung und Wählermobilisierung / AG Mobilisieren und Einbinden

Die Arbeitsgruppe Mitgliederwerbung und Wählermobilisierung hat ihre Aktivitäten für den Moment sistiert. Die Projekte, welche die AG aufgegleist hat, funktionieren erfolgreich (zum Beispiel «Sympis werden Mitglied», Begrüssungsapéros bei neuen Gross-Überbauungen). Bei Bedarf kann der Vorstand diese umsetzen. Andere Projekte hat die Kantonalpartei übernommen. Das Mitgliederwachstum der SP 3 beweist: Hier haben wir im Moment keinen akuten Handlungsbedarf.

Hingegen muss die Sektion dieses Mitgliederwachstum konsolidieren. Es stellt sich die Frage, ob aktuell alle Neumitglieder, die sich einbringen wollen, sich auch einbringen können. Und ob die Sektion mit mehr/anderen Beteiligungsmöglichkeiten Neumitglieder besser einbinden könnte. Bietet die SP 3 mehr Kampagnen und Aktivitäten für alle, die sich engagieren wollen, dient das den einzelnen Mitgliedern und der Sektion als Ganzes. Zu diesem Zweck wurde die AG Mobilisieren und Einbinden gegründet. **Marco Geissbühler**

AG Schule

An vier Abenden befassten wir uns mit verschiedenen Aspekten des Lehrplans 21, so auch mit linker und rechter Kritik an diesem Reformprojekt. Im Herbst diskutierten wir zudem den neuen Berufsauftrag für Lehrpersonen, der auf Sommer 2017 an den Volksschulen eingeführt wird. Er führt vor allem bei älteren Lehrkräften zu grossen Veränderungen.

Aktuelle bildungspolitische Themen diskutierten wir zu Hause bei Irene Willi in Form von «Kitchen Table Talks». Diese Kombination von leiblichen und intellektuellen Genüssen hat sich bewährt. Interessierte sind herzlich eingeladen. Zur allgemeinen Information verfasst Roland Schaller jeweils ein kurzes Protokoll, das bei uns angefordert werden kann.

Im September fand der jährliche Austausch zwischen den Mitgliedern der Schulpflegen Uto und Limmattal statt (Roberto Rodriguez, Karin Schindler, Maria Röthlisberger, Roland Schaller, Irene Willi). Auf Anregung von Hans-Urs von Matt trafen wir uns am 4. Oktober mit vier Gemeinderätinnen der SP3 zu einem Austausch zur «Tageschule 2025» und der anstehenden Verwaltungs- und Behördenreform. Auch erfahren wir einiges aus der Schulkommission des Gemeinderats. Es zeigte sich, dass solche Treffen für beide Seiten fruchtbar sind und unbedingt weiter gepflegt werden sollen. **Irene Willi**

AG Standaktion

Das letzte Jahr haben unsere aktiven Mitglieder der SP3 tollen Einsatz gezeigt und uns im Quartier bestens vertreten. Insgesamt mobilisierten 33 Standaktivistinnen und –aktivisten an acht Samstagen die Bevölkerung im Kreis 3.

Dank dem Engagement unserer Mitglieder konnten wir im Kreis 3 viele Anliegen der SP durchsetzen. Im direkten Kontakt mit den Einwohnerinnen und Einwohnern des Quartiers

leisteten wir so Überzeugungsarbeit für eine offene und gerechte Gesellschaft. Ein wichtiger Sieg im letzten Jahr war unter anderem das Nein zur Durchsetzungsinitiative. Das alles wäre nicht möglich ohne die Arbeit unserer aktiven Mitglieder. Ihnen möchte ich hiermit für ihr Engagement danken.

Reis Luzhnica

AG Verkehr

Im April organisierte die AG eine Infoveranstaltung zu den Zukunftsplänen der SZU, welche vom HB bis Triemli und vom HB bis Adliswil den 7.5-Minuten-Takt bringen sollen. Die SP2 und SP Langnau beteiligten sich an dieser sehr interessanten und gut besuchten Veranstaltung.

Das städtische Tiefbauamt möchte für den Fuss- und Veloverkehr beim Bahnhof Giesshübel zwei neue Brücken über Manessestrasse und Sihl erstellen. Dies erachten wir als Fehlinvestition. Als Alternative schlugen wir dem Tiefbauamt nur eine Brücke von der Eichstrasse über die Manessestrasse zum linken Sihlufer vor. Zusätzlich wäre noch eine Barriere über das kaum benutzte Gleis zwischen dem Bahnhof Giesshübel und dem Bahnhof Wiedikon nötig. Trotz der klar nachgewiesenen Vorteile unserer Variante legte das Tiefbauamt ihre Variante auf, zu der wir eine ausführliche ablehnende Stellungnahme einreichten. Wir warten gespannt auf den Bericht des Amtes.

Ebenso warten wir auf die Reaktion des Departements von Stadtrat Leutenegger zu unserer Einsprache gegen die zusätzlichen Parkplätze bei der Einmündung der Bachtobelstrasse in die Uetlibergstrasse.

Die Themen werden uns in der nächsten Zeit nicht ausgehen und neue AG-Mitglieder sind immer willkommen.

Christoph Rüegg

AUS DEN RÄTEN UND DEN KREISSCHULPFLEGEN

[GEMEINDERAT]

Im diesem Gemeinderatsjahr standen der Richtplan und die Bau- und Zonenordnung (BZO) im Zentrum. Ebenfalls wichtig waren die Entscheidungen zur Ausgliederung des EWZ, wie auch die Verweigerung des Zusatzkredits fürs Triemli.

Nach langer Beratung in den Kommissionen konnten wir den Richtplan verabschieden. Zu unserer Zufriedenheit konnten die Grundsätze des Masterplans Velo, der Städteinitiative und die Förderung von genossenschaftlichem Wohnbau verankert werden. Autotunnel- und andere Anträge von bürger-

licher Seite wurden klar abgelehnt. Neu wurden insbesondere Veloschnellstrassen und Seilbahnen in den Richtplan eingetragen.

Revolutionäre Änderungen in der Bau- und Zonenordnung blieben aus, unter anderem, da der Mehrwert einer Aufzoning gemäss kantonalen Gesetzen noch immer nicht abgeschöpft werden kann. Somit wird die Verdichtung grössten Teils innerhalb der aktuellen Zonen geschehen, es sind immer noch Reserven vorhanden. Eine Verbesserung konnte

für die Prostituierten mit Kleinstsalons erreicht werden. Diese Kleinstsalons sind in Zukunft auch in Wohnzonen erlaubt.

Nach ebenfalls langer Debatte in der Kommission und dem Rat zur Ausgliederung des EWZ, lehnte der Gemeinderat erfreulicherweise den Eintritt auf die Vorlage ab. Die demokratische Kontrolle und die Mitsprache bei wichtigen Entscheiden will das Parlament nicht aus der Hand geben. Zudem befürchteten wir, dass längerfristig nicht mehr für das gesamte Personal das städtische Personalrecht gelten würde.

Als Mitglied der Gesundheits- und Umweltkommission betroffen hat mich die Ablehnung des Zusatzkredites für das Triemli. Obwohl das Triemli unter anderem auf Grund der unerwartet tiefen Fallpauschalen und Mehrkosten beim Umzug die Kreditüberschreitung gut erklären konnte, verweigerte eine knappe

bürgerliche Mehrheit um eine Stimme dem Triemli den Zusatzkredit. Da die Investitionskosten in der neuen Spitalfinanzierung nicht adäquat einberechnet wurden, werden wir auch noch in Zukunft einiges über die Finanzen des Triemlis diskutieren. Ich hoffe, es wird bald eine mehrheitsfähige Lösung gefunden.

Gefühlte 100 Fraktionserklärungen und persönliche Erklärungen mussten wir uns zum Thema Kochareal anhören. Zum Glück wurde es mit sinkenden Temperaturen wieder etwas ruhiger um diesen für Zürich notwendigen Freiraum. Allerdings ist leider auch hier nicht das letzte Wort gesprochen.

Dank guter Arbeit der RPK konnten wir ein anständiges Budget verabschieden. Die grossen Personalabbaupläne der Bürgerlichen konnten wir zum Glück durchkreuzen.

Barbara Wiesmann

[KANTONSRAT]

Das Kantonsratsjahr 2016 war stark von der «Leistungsüberprüfung 2016» – kurz: «Lü 16» – geprägt. Der Regierungsrat initiierte Lü 16, weil der mittelfristige Ausgleich gemäss dem Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan für die Jahre 2016-2019 um 1,8 Milliarden Franken verfehlt wird. Um den gesetzlich vorgeschriebenen mittelfristigen Ausgleich einzuhalten, muss der Kanton Zürich in den nächsten vier Jahren nun Leistungen in der Höhe von 1,8 Milliarden Franken abbauen – oder entsprechende Mehreinnahmen generieren. Dass letzteres wohl eher nicht der Fall sein wird, zeigen die Steuer geschenke, welche die bürgerliche Ratsmehrheit in den letzten Jahren durchgesetzt hat und deren direkte Folge Lü 16 ist.

Lü 16 ist Teil einer von der rechten Ratsmehrheit über Jahre bewusst verfolgten Politik, die darauf abzielt, staatliche Leistungen in den Bereichen Soziales, Bildung, Gesundheit, Umwelt und Kultur abzubauen und den Staat gezielt «herunterzufahren», beziehungsweise Leistungen auszulagern und zu privatisieren. Letzteres zeigt sich momentan insbesondere im Gesundheitsbereich, wo Privatisierungsvorlagen für das Kantonsspital Winterthur und die Integrierte Psychiatrie Winterthur-Zürcher Unterland vorliegen und 2017 zur Abstimmung kommen werden.

Die SP-Fraktion wehrt sich gegen Lü 16 und hat aufgezeigt,

dass der mittelfristige Haushaltsausgleich ohne Leistungsabbau möglich ist, wenn folgende Punkte berücksichtigt werden: Erstens muss realistisch budgetiert und überflüssige «Luft» aus den Budgets herausgelassen werden. Zweitens können durch gezielte Kooperation und einen Verzicht auf Pseudowettbewerb vor allem im Gesundheitswesen Kosten in Millionenhöhe eingespart werden. Drittens muss der Kanton konsequenter als bisher die ihm zustehenden Einnahmen einfordern (zum Beispiel durch die Anstellung von mehr Steuerfunktionären). Die SP wird gegen verschiedene Lü 16-Massnahmen das Behördenreferendum ergreifen. So etwa gegen die geplante Senkung der individuellen Prämienverbilligungen bei Krankenkassenprämien. Lü 16 wird uns also die eine oder andere Volksabstimmung bescheren. Hier wird sich zeigen, ob die Zürcherinnen und Zürcher den bürgerlichen Abbauwahn mittragen oder ihm Einhalt gebieten!

Den Kernanliegen der SP weht im bürgerlich dominierten Kantonsrat ein äusserst rauer Wind entgegen. Aus diesem Grund verlangt das Kantonsratsmandat mitunter eine gehörige Portion Frustrationstoleranz. Die SP-Fraktion ist jedoch kampfbereit und setzt sich engagiert und mit voller Überzeugung für einen sozialen, offenen und ökologischen Kanton Zürich ein!

Sibylle Marti

[KREISSCHULPFLEGE LIMMATTAL]

Drei grosse Reformprojekte beschäftigen die Schulen in der Stadt Zürich: Die Einführung des Lehrplans 21, der neue Berufsauftrag für Lehrpersonen der Volksschule und der Umbau zu Tagesschulen. Am meisten zu reden gibt zurzeit der neue Berufsauftrag, der aufs Schuljahr 2017/18 flächendeckend eingeführt wird. Das Anstellungsverhältnis von Lehre-

rinnen und Lehrern wird von Lektionen auf Jahresarbeitszeit umgestellt. Im Schulkreis Limmattal organisierte Präsidentin Katrin Wüthrich letzten Sommer verschiedene Infoveranstaltungen dazu. Die Verunsicherung, aber auch die Verärgerung über den neuen Berufsauftrag ist momentan gross. Vor allem ältere Lehrpersonen verlieren die bisherige Altersentlastung

von zwei Lektionen pro Woche. Aus einer Arbeitnehmerperspektive gesprochen: Die SP sollte hier nicht ausschliesslich die Interessen des Kantons vertreten.

Die Schülerzahlen in den verschiedenen Schulkreisen steigen stark. Im Schulkreis Limmattal sollen gleich zwei neue Schulhäuser gebaut werden: Das «Schütze» und das «Pfungstweid». Im Kreis 3 wird ebenfalls gebaut: Im Schulhaus Ämtler gibt es einen neuen Trakt für die Betreuung, zurzeit klafft das Bauloch.

Katrin Wüthrich bemüht sich um eine gute Information. Erstmals organisierte sie im Schulhaus Limmat einen Austausch zwischen Schule, Quartierorganisationen und Elternvertretun-

gen. Auch die SP 3 nahm teil – mit gutem Feedback. Kommunikation: Damit tun sich Schulen und Schulbehörden eher schwer. Eine Arbeitsgruppe versucht nun, die bestehende Kommunikation mit geeigneten Massnahmen zu verbessern. Eine Umfrage bei allen Schulen im Schulkreis Limmattal zeigte, dass sehr viel Tolles gemacht wird, das kaum je den Weg an die Öffentlichkeit findet.

Zum Schluss erwähne ich ein Projekt, das für einmal Publicity erhielt: Das Theater Neumarkt und die Sekundarschule Feld erarbeiteten gemeinsam den Theaterabend «Schools of Normal», der im Mai und Juni des letzten Jahres mehrmals aufgeführt wurde – ein spannendes Projekt! **Roland Schaller**

[KREISSCHULPFLEGE UTO]

Das Wachstum mit all seinen Facetten ist eine prägende Konstante in der Stadt Zürich. Besonders in den Schulkreisen mit viel Genossenschaftsbauten und Entwicklungsgebieten: In fünf Jahren hat die Anzahl Schüler/innen im Schulkreis Uto um 20 Prozent zugenommen, das sind in etwa 1000 Kinder mehr.

Nicht nur die Schulbauten, auch das Verwaltungspersonal der Kreisschulpflegen stösst an seine Kapazitätsgrenzen. Ein merklicher Nachvollzug der Stellenressourcen hat nicht stattgefunden. Anders verhält es sich mit den Ressourcen für den Unterricht. Diese konnten erfreulicherweise in den letzten Jahren mitwachsen. Dazu gehören auch die Mittel für die situative Unterstützung, die bisher zentral durch die Kreisschulpflege verwaltet wurden. Um die Qualität der Schulen vor Ort auszubauen, sind diese Ressourcen seit dem Schuljahr 2016/17 subsidiär an die Schulen verteilt worden.

Damit diese Ressourcen auch den Schüler/innen zugeführt

werden, haben alle Schulen im Schulkreis Uto den Auftrag erhalten, bis Ende des Schuljahrs 2016/17 ihre Förderpraxis zu überarbeiten. Parallel dazu wurden auch die besonderen Angebote in der Verantwortung des Schulkreises organisatorisch angepasst. Die Aufnahmeklassen werden näher am Kind in den Quartieren geführt, das TimeWin-Angebot ist umstrukturiert und dessen Leitung von Schulleitungsfunktionen entbunden. Beide Angebote werden zugleich durch ein detailliertes Reporting begleitet.

Eine weitere Herausforderung stellt die Umsetzung des neuen Berufsauftrages für Lehrpersonen dar. Die Schulleitungen werden administrativ durch die Verwaltung der Kreisschulpflege unterstützt. Zugleich haben wir ein gemeinsames Führungs- und Rollenverständnis erarbeitet. Diese Führungsgrundsätze sollen uns in den nächsten Jahren begleiten und weiteres Puzzlestück sein, um eine hohe Qualität der Volksschule zu gewährleisten. **Roberto Rodriguez**

MITGLIEDERVERSAMMLUNGEN UND GEMÜTLICHES BEISAMMENSEIN

Besser planbare und regelmässige Mitgliederversammlungen: Dieses Ziel gab sich die SP 3 für das Jahr 2016. Neu organisierte die Sektion alle zwei Monate (jeweils am 1. Dienstag des Monats) eine Versammlung zu einem inhaltlichen Schwerpunkt. Gestartet sind wir mit einer Vernehmlassung zum Zukunftspapier der SP Schweiz. In der Weinhandlung «la seleccion» diskutierten wir die Vorschläge zur Erneuerung der Partei kontrovers und lebhaft. Basierend auf unseren Be-

schlüssen schickten wir eine Stellungnahme nach Bern. Zwei Forderungen der SP 3 übernahm unsere Mutterpartei nicht: die Direktmitgliedschaft bei der Kantonalpartei so zu gestalten, dass sie die Sektionen nicht konkurrenziert, sowie die Mandatsabgaben für Mandatarinnen und Mandatare massvoll zu erhöhen. Unserem Antrag zur Direktmitgliedschaft stimmte schliesslich der Parteitag der SP Schweiz zu. Bezüglich der Mandatsabgaben siegte ein Kompromissantrag.

An zwei Mitgliederversammlungen beschäftigten wir uns mit den Hintergründen zentraler Abstimmungsvorlagen. Im Juni lieferte uns David Gallusser vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund Zahlen und Fakten zur Finanzierbarkeit der Initiative «AHVplus». Die Vorlage wollte die AHV-Renten um 10 Prozent erhöhen und so die Altersvorsorge stärken. Im September beleuchtete der Grüne Nationalrat Balthasar Glättli das neue Nachrichtendienstgesetz kritisch. Der Autor

Stefan Keller schlug einen Bogen zu früheren Überwachungsexzessen, indem er aus den Fichen von Max Frisch, Niklaus Meienberg und anderen vorlas.

Über den Schweizer Tellerrand hinaus blickten wir an den anderen beiden Mitgliederversammlungen. Unter dem Titel «Flucht und Migration» berichtete SP3-Vorstandsmitglied Tom Cassee von seinen Erfahrungen als Aktivist auf der Balkanroute. Und Alt-Gemeinderat Salvatore Di Concilio stellte sein Engagement für eine weltoffene Stadt Zürich vor. Im Februar diskutierten wir schliesslich die Frage: «Wie weiter nach Brexit und Masseneinwanderungsinitiative?» Nationalrat Cédric Wermuth und Tobias Naef vom Thinktank foraus sprachen über ihre Ideen einer fortschrittlichen Europapolitik.

An allen Versammlungen nahmen jeweils ungefähr 25 Mitglieder teil, wobei es nicht immer die gleichen 25 waren. Der Vor-

stand nimmt sich für 2017 vor, nicht nur Männer als Referenten einzuladen.

Neu führte die SP3 für 2016 einen Sektionsausflug ein. Am 1. Oktober reisten wir gemeinsam nach Neuchâtel. Vor Ort konnten die Teilnehmenden wählen zwischen einer Stadtführung auf den Spuren des Sklavenhandels und einer Tour in eines der ersten Öko-Quartiere der Schweiz. Zum Abschluss offerierte die Sektion einen Apéro.

Auch sonst kam das Gesellige nicht zu kurz. Sei es bei unserem Grillabend im Juli auf der Fritschiwiese, sei es bei unserem Racletteabend zum Jahresausklang im Tennishüsli am Hegianwandweg: Die über 50 Gäste zeigten, dass wir in der SP3 auch ohne Traktandenliste gerne mal gemütlich zusammensitzen.

**Sibylle Marti & Marco Geissbühler,
Co-Präsidium der SP 3**

[VORSTAND]

Mit Schwung startete der 13-köpfige Vorstand im April ins Vereinsjahr. An elf Sitzungen 2016 und 2017 diskutierte, hinterfragte, beschloss und stritt er – und versöhnte sich wieder. Anlässlich der Re-traite im November geleiste der Vorstand die kommunalen Wahlen 2018 auf. Und er lancierte vier Projekte für das Jahr 2017:

einen Spielnachmittag für die Kinder im Quartier, eine bessere Vernetzung mit den örtlichen Vereinen, die Teilnahme am nationalen CleanUp-Day und Vorschläge für die Nutzung der Kollerweise.

**Sibylle Marti & Marco Geissbühler,
Co-Präsidium der SP 3**

[DANK]

Kaum eine andere Organisation prägt Wiedikon so sehr, wie die SP 3 – und macht es zu dem, was es ist: Einem Ort, an dem alle willkommen sind, ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres sozialen Standes. Mit Eurem Engagement leistet ihr hier alle einen wertvollen Beitrag. Sei es durch Eure ideelle und finanzielle Un-

terstützung, sei es durch Eure Arbeit in der Partei, in einem Rat oder in einer Behörde. Dafür danken wir Euch herzlich. Wiedikon mag nicht die Welt sein. Aber in einer Zeit, in der die Welt immer dunkler wird, spendet jeder Funke wichtiges Licht.

**Sibylle Marti & Marco Geissbühler,
Co-Präsidium der SP 3**

Geburtstage

[WIR GRATULIEREN]

» **Hanni Meister-Wipf**
am 23. März
zum 91. Geburtstag

Herzlichen Glückwunsch!

Impressum

[NR. 489]

Herausgeberin »
Sozialdemokratische Partei
Zürich 3, Postfach,
8036 Zürich, info@sp3.ch,
www.sp3.ch

Redaktion »
Infogruppe SP3,
Rebekka Plüss, Laura Fuchs,
Roland Schaller, Samuel
Schweizer, Simon Bock,
Matyas Sagi-Kiss

Gestaltung »
BMquadrat.ch,
Michael Müller und Berit Bisig

Jahrgang Info:3 »
47. Jahrgang

Auflage » 475 Exemplare

Druck » Inka Druck AG,
Zürich, www.inka.ch

Agenda

[MÄRZ]

21. März 2017, 20.00 Uhr

Generalversammlung

Gemeinschaftsraum FGZ Grünmatt

Wir laden alle Mitglieder der SP3 ganz herzlich zu unserer Generalversammlung ein.

[APRIL]

04. April 2017, 19.30 Uhr

Mitgliederversammlung

Wuhrstrasse 11

Thema Energiepolitik – weitere Infos folgen.



A-PRIORITY



Anzeigen



links, ökologisch und auch im Kreis 3 zu Hause



INKADRUCK AG ZENTRALSTRASSE 156
CH-8003 ZÜRICH WWW.INKA.CH

INKADRUCK produziert mit Ökostrom nature made star